

# **Badische Landesbibliothek Karlsruhe**

**Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe**

## **Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1902**

39 (9.2.1902)



Staatssekretär von Tirpitz: Herr Richter hat den springenden Punkt der Frage auch jetzt noch nicht erfasst. (Lachen links.) Ich verstehe es ja auch, warum es Herrn Richter Angelegenheit der gegenwärtigen Sachlage schwer fällt, mich zu verstehen. Es ist nicht richtig, daß wir niedrigere Summen eingestellt haben, sondern wir haben genau die Summen eingestellt, von denen wir glaubten, daß sie in Anspruch genommen werden würden und von denen ich auch jetzt noch glaube, daß sie gutreffen. Wenn wir die Schlachtflotte in bestmöglichem Tempo hätten vermehren wollen, dann würden wir zu Summen gekommen sein, die unmöglich gewesen wären. Wir haben aber nicht die Absicht gehabt, weder damals noch jetzt, ein solches Tempo einzuschlagen. Die Staatssekretäre dafür den Beweis; sonst hätten wir schon längst das Doppelte an Mannschaften und Maschinen vorsehen müssen. Ich möchte meinen, daß Herr Richter nach meinen nachmaligen Darlegungen zu einer anderen Ansicht kommen sollte.

Abg. Graf Oriola (nat.-lib.): Ich nehme allerdings einen ganz anderen Standpunkt ein als Herr Bebel und Herr Richter. Ich kann namens meiner politischen Freunde erklären, daß wir in keiner Beziehung der Meinung sind, daß wir von Seiten der Marineverwaltung getäuscht worden seien, und daß wir daher die Anklagen, die in dieser Beziehung gegen den Staatssekretär erhoben worden sind, entschieden zurückweisen. Es ist ganz richtig, daß durch die Veröffentlichung des „Vorwärts“ Erregung hervorgerufen worden ist, aber ich meine, eine Erregung darüber, daß eigentlich kein Minister mehr in Ruhe seine Arbeiten erledigen kann, ohne zu befürchten, daß Aktienstücke gestohlen werden. (Zustimmung.) Es ist gewiß eine Erregung darüber berechtigt, daß eine Partei, die sozial Mitglieder zählt, solche gestohlene Erlasse in der Öffentlichkeit benutzt und sie in die Zeitungen bringt. (Sehr richtig!) Die Ausgabe von Mitteln aus geheimen Fonds zu Spionagediensten darf man mit einem solchen Verfahren nicht vergleichen; sie dient meistens nicht dazu, um Mitglieder zum Verzicht anzugewöhnen. Niemand hat die Marineverwaltung oder die Verbindeten Regierungen einer Täuschung zu überführen vermocht, im Gegenteil, es ist erwiesen, daß keine Täuschung vorliegt. Der Staatssekretär hat im Jahre 1900 ausdrücklich betont, daß die Regierung auf die Auslandschiffe nicht verzichten könne, er hat nur in eine Vertagung der Sache gewilligt, und wir konnten wohl annehmen, daß gerade 1904 oder 1905 die Verträge in Bezug der Auslandschiffe kommen würde, da ja gerade für 1906 unzulänglich die Einsetzung des ersten großen Auslandskreuzers geplant war.

Wie meine Partei über die Auslandschiffe denkt, darüber haben wir nie einen Zweifel gelassen. Mein Freund Wasserburg sagte in dieser Beziehung am 6. Januar 1900 ausdrücklich: „Wir müssen es unferretzt bedenken, daß die Budgetkommission die 18 Auslandskreuzer gestrichen hat und daß heute keine Aussicht auf Bewilligung vorhanden ist.“ Wir haben es von vornherein betont, daß wir neben der Vermehrung der Schlachtflotte auch die Auslandschiffe zu vermehren für notwendig erachteten und daß die Vermehrung eine wesentliche sein muß. Die Annahme der Position erleichtert uns der Umstand, daß erst von 1906 ab die Vermehrung dieser Kreuzer erfolgen soll und daß es sich allerdings mit geheimerer Notwendigkeit herausstellen wird, daß die jetzt nicht zur Bewilligung gelangten Kreuzer nachgefordert werden müssen. Die verbindeten Regierungen haben sich hierauf bereit erklärt, unter dem Vorbehalt der Nachforderung die Vorschläge zum Budgetkommission annehmen und sich zunächst mit der Hauptsache, der Vermehrung der Schlachtflotte, zu begnügen.“ So war die Lage, so haben wir es ausgesprochen, und so war, wenn ich nicht irre, auch die Stellung der Konventionen. Daß in Bezug auf die Auslandschiffe eine Täuschung vorliegen soll, ist lächerlich. Nun kommt der Satz, auf den Herr Bebel und Herr Richter immer wieder zurückgegriffen, der Satz bezüglich der Judenstellung. Ich kann die Stellung der Marineverwaltung, die sich in diesem Satze ausdrückt, sehr wohl verstehen. Ich kann auch gar nicht die Absicht, etwas zu verheimlichen, aus dem Satze herauslesen. Ich gebe zu, daß die Forderung nicht sehr glänzend ist, aber es handelt sich hier nicht um Forderung, wo jedes Wort in langen Erwägungen festgelegt ist. Ich habe den Satz so aufgefaßt, wie ihn der Staatssekretär erklärt hat. Man hat mit Rücksicht auf die Finanzlage, um erhöhte Steuern zu vermeiden, gesagt: Wir wollen in Bezug auf die Judenstellung langsam vorgehen, wir wollen vorläufig die Hauptmaßnahme, beschleunigte Judenstellung nicht in Rechnung setzen, — „vorläufig“, das heißt, bis zu dem Zeitpunkt, wo sie zur vollen Durchführung des Flottengesetzes notwendig wird. Daß keine Absicht der Täuschung vorliegt, ergibt sich auf das Deutlichste aus dem noch gar nicht vorgelesenen Vermerk der Offiziere u. s. w. Die Täuschung ist also eine Selbsttäuschung derjenigen, die sich vom „Vorwärts“ haben beeinflussen lassen. (Beifall.) Wir haben in der Budgetkommission den Eindruck gehabt, daß der Staatssekretär mögliche Objektivität hat walten lassen, und daß er überhaupt keinen Anlaß hat, sich gegen die jetzigen Vorwürfe zu verteidigen. Das Unwärtige Amt, unsere Kaufleute draußen verlangen eine Vermehrung der Auslandschiffe, und wenn der Staatssekretär glaubt, diesem Verlangen Rechnung tragen zu müssen, dann können wir ihm nichts vorwerfen.

Ginschlich der Chinafrage haben wir nicht solche chinesischen Bestrebungen wie Herr Bebel, aber auch wir möchten den Staatssekretär um Auskunft bitten, wie es in China weiter gehen soll. Auch meine Partei ist der Ansicht, daß wir bei den heutigen Verhältnissen mit Ausgaben sehr vorsichtig sein müssen. Aber wir werden diejenigen Forderungen nicht verweigern, die wir im Interesse unserer Wehrkraft zu Wasser und zu Lande für absolut notwendig erachten und von denen wir annehmen können, daß sie nicht nur zur Wahrung der Ehre Deutschlands, sondern auch zur Wahrung des Friedens beitragen. (Beifall.)

Abg. Dr. v. Lewekow (kon.): Es ist nicht ganz leicht, sich aus dem gestohlenen Erlaß zu orientieren. Ich habe mich deshalb aus Reichsamtamt gewandt, und man hat mir bereitwillig Antwort gegeben und Einsicht in die Akten gestattet. Davon habe ich Gebrauch gemacht, und es hat sich nicht der geringste Verdacht eingestellt, daß irgend eine Absicht vorlag, den Reichstag zu täuschen. Die Absicht der Regierung, nicht durch Steuerforde-

rungen die Verlage zu gefährden, finde ich durchaus begreiflich. Der Staatssekretär hat sich mit einem Weniger begnügt und thut es auch heute noch. Worin liegt da eine Täuschung? Ich bin davon überzeugt, daß der Staatssekretär mit den in der Flottenverlage bewilligten Summen auskommen wird und will, sofern nicht — und das ist nicht von ihm allein abhängig — mehr Auslandschiffe verlangt und vom Reichstage bewilligt werden. Ich bin kein Freund von großen Geldausgaben und Schuldenmachen. Ich werde daher immer die Finanzlage bei Entscheidungen im Auge behalten. Ich erkenne aber an, daß das Reichsamt sich Selbstbeschränkung auferlegt und liberal spart, wo es irgend möglich ist. Was mir an dem Erlaß nicht gefällt, ist das Wort „geheim“, das darüber steht. Stünde das nicht darüber, dann wäre es nicht gestohlen worden. (Sehr richtig rechts.) Lachen bei den Sozialdemokraten.) In solchen Fällen so argen Vertrauensbruchs ist der Fehler so schlecht wie der Stehler, oder noch schlechter. (Beifall rechts.) (Lachen bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Dr. Borch (fr. Vp.): Der Beweis, daß der Staatssekretär eine Täuschung verübt habe, ist den Sozialdemokraten nicht gelungen. Nicht den Schimmer eines Beweises haben sie erbracht. Ich habe auch nicht den Eindruck, daß der Staatssekretär der Mann ist, sich mit der Durchführung von Flottenplänen zu befassen. Ich halte ihn in dieser Hinsicht nicht für den Liebenden, sondern für den Fremden. Meine Freunde haben durchaus keine Neigung, in den Hör der Entrüstung einzustimmen.

Abg. v. Liebenow (Sp.): Die Sozialdemokraten und die freisinnige Volkspartei haben heute tägliches Plakato gemacht. Die Verträge, die Bestätigung des Staatssekretärs zu diskreditieren, sind vollständig gescheitert.

Abg. Bebel (Soz.): Daß die Anklage einer neuen Flottenverträge den Herren von der Rechten unangenehm ist, liegt ja auf der Hand. Das Zentrum ist in der Flottenfrage jetzt zum zweiten Male der letzte Europäer. Der Staatssekretär hat dem Reichstage 1900 Dinge versprochen, die er hätte sagen müssen. Das ist die Hauptsache. Man wußte damals, daß nach der Durchführung des Flottengesetzes höhere Judenstellungen eintreten müßten — und das ist verwirklicht worden. Es ist behauptet worden, der Erlaß wäre vom „Vorwärts“ gar nicht veröffentlicht worden, wenn er nicht „geheim“ gewesen wäre. Nun, ich habe hier zum ersten Mal erfahren, daß er geheim war; im „Vorwärts“ stand das nicht. Sie behaupten, der „Vorwärts“ habe einen Diebstahl begangen. Das ist eine einfache Unwahrheit. (Lachen bei den Soz., Wg. S. in ger. r.) Eine gemeine Verleumdung!

Vizepräsident Graf Stolberg: Ich weiß nicht, wer den Ausdruck „Verleumdung“ gebraucht hat. (Wg. Singer erhebt sich.) Ich rufe den betr. Abgeordneten zur Ordnung. Wir veröffentlichen solche Erlasse im Interesse der Allgemeinheit. (Lachen rechts.) Solche Erlasse gehen uns durch die Finger der Presse, die sich von Dingen nicht kümmert. Wenn ich den Namen wüßte, würde ich ihn aber nicht nennen, das ist Ehrensache. (Lachen rechts.) Aber ich erkläre hier feierlich, daß wir den Inhalt des Erlasses nicht kennen; auch der „Vorwärts“ kennt ihn nicht. Von einem Diebstahl unferretzt also kann keine Rede sein. (Lachen rechts.) Wie solche Erlasse zu uns kommen, untersuchen wir nicht. Wir haben keine geheimen Fonds; wir brauchen keine Spindel zum Schreiftische stellen, wie es von der Presse behauptet wird. Wir sind in der Verleumdung rein; nie aber werden wir uns das Recht nehmen lassen, und Lachen rechts, Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Graf von (kon.): Es kann keine Rede von Täuschung sein. Aber getäuscht worden ist, das ist der Wg. Bebel; er ist getäuscht worden durch eine verlogene Presse, die sich von Dingen nicht kümmert. (Großer Lärm bei den Sozialdemokraten.) Wenn der „Vorwärts“ auch nicht gestohlen hat; gestohlen ist der Erlaß, das bleibt aber Ihnen haften. (Widerpruch und Lärm bei den Sozialdemokraten.) Es ist eine Schande, daß ein Abgeordneter im Reichstag mit solcher Sophistik gegen den Staatssekretär vorgeht, wie es in der ganzen Welt mit Verachtung betrachtet werden muß. (Großer Lärm bei den Sozialdemokraten.) Ich bedauere, daß hier eine gewissenlose Presse verteidigt wird. (Lärm bei den Sozialdemokraten.) Herr Bebel macht sich durch seine Verteidigung zum Mitschuldigen eines solchen Verfahrens. (Widerpruch und großer Lärm bei den Sozialdemokraten. Redner macht eine längere Pause, um Atem zu schöpfen. Der Lärm geht allmählich in Getöse über.)

Vizepräsident Graf Stolberg: Ich bitte um Ruhe; ich verheße den Redner nicht. (Große Heiterkeit.)

Abg. Graf von (kon.): Die Spionage ist unter Umständen möglich; die Spione verachten wir. (Lebhafte Beifall rechts.)

Abg. Richter (fr. Vp.): Rechtsanwülte können viel aus der Art lernen, wie der Staatssekretär verteidigt wurde. (Sehr richtig links.) Der Staatssekretär ist ja vollkommen gefällig. Ich bedauere jeden Abgeordneten, der die Aufgabe hatte, dies Verfahren zu verteidigen. In jedem Lande würde ein solcher Staatssekretär in acht Tagen nicht mehr im Amte sein. (Sehr richtig links.) Es handelt sich hier nicht um Freihandel und Schutz Zoll; wenn der Staatssekretär wirklich gefällig wäre, würde ich ihn nicht anders beurteilen. Es ist nicht das erste Mal, daß der Staatssekretär so etwas passiert. Erinnern Sie sich doch nur an die Geschichte der letzten Flottenverträge. Ich habe schon sehr viele Minister hier kommen und gehen sehen, aber keinen, der so wenig Vertrauen in seine Erklärungen verdiente wie Herr v. Tirpitz. (Lachen rechts. Beifall links.)

Staatssekretär v. Tirpitz: Ich kann mir die große Erregung des Vorredners nur dadurch erklären, daß er sich geirrt hat. (Großer Lärm und Lachen links.) Ich habe mich auch vor zwei Jahren nicht geirrt.

Abg. Fischer (Berlin, Soz.): Wie können Sie (nach rechts) bei der Veröffentlichung des „Vorwärts“ von einer ehrlosen Handlung sprechen, wenn Sie selbst sagen, daß die Spionage möglich ist? (Zuruf rechts: Im Krieg!) Wir können Ihre Entrüstung Angesichts dieses Widerspruchs nicht ernst nehmen. Aus den

Memorien des Herrn v. Gerlach geht hervor, daß für die „Kreuzzeitung“ eine Zeit lang Derselben gestohlen wurden. (Hört, hört! links.) Wenn Ihre Entrüstung ernst ist, so müssen Sie nächstens für die Abschaffung des Geheimfonds der einmal von Sozialdemokraten beantragt aufgefördert sind, solche Erlasse zu stellen, erst dann haben Sie vielleicht Anlaß zur Entrüstung. Was für die Polizei keine Schande ist, kann es auch für die Kreuzzeitung sein. Denken Sie an den Fall Hering-Mahlow, an dem die Berliner Polizei hat Belohnungen von 300 und 1000 Mark den Angehörigen des „Vorwärts“ geboten, wenn sie die Einlieferer der Erlasse mitteilen, aber natürlich vergebens.

Abg. Richter (fr. Vp.): Vor dem letzten Flottengesetz versicherte der Staatssekretär feierlich, an keiner Stelle sei die Absicht vorhanden, eine Flottenverträge einzubringen. Später erfuhr man, daß die Vorbereitung der Novelle schon 4 Wochen vor dieser Erklärung begonnen hatte.

Abg. Graf Oriola (nat.-lib.): Nach meiner Ansicht war der Staatssekretär nicht unvorsichtig. Weshalb sollen da die Veröffentlichungen des Erlasses zu bedauern sein? Ich soll es der Regierung wohl noch übel nehmen, daß sie neue Steuern vermeiden wollte? Wer sich nicht auflären lassen will, dem ist nicht zu helfen. (Sehr richtig links, Lärm.) Ich bedauere Herrn Richter deshalb, weil es sehr unangenehm sein muß, so hineingefallen zu sein. (Lärm und Widerspruch links.)

Damit schließt die Diskussion. Titel I (Gesamt des Staatssekretärs) wird bewilligt. Dagegen stimmen die Sozialdemokraten und die freisinnige Volkspartei mit Ausnahme des Wg. Schmidt-Eberfeld. Die weiteren dauernden Ausgaben werden ohne Debatte unüberändert bewilligt.

Die Kommission hat an einer Anzahl Titel der einmaligen ordentlichen Ausgaben, die meistens Schiffbau, Munitionsergänzungen u. s. w. betreffen, Mehrbeträge im Gesamtbetrag von 2 565 000 Mark gemacht.

Der Vizepräsident Herr von Thünefeld (Ctr.) empfiehlt für die Annahme der Kommissionsbeschlüsse. Außerdem hat die Kommission zwei Resolutionen angenommen, in denen die verbindeten Regierungen ersucht werden 1) für die Gemeinde Einwohnern eine Beihilfe in den Etat einzustellen, welche den an die Gemeinden Geardten und Eltern der gewählten Beihilfen entspricht und 2) die Verhältnisse der Gemeinden Bau, Hebung und Neubeau einer Prüfung unterziehen zu lassen, ob die Bewahrung einer Beihilfe zu kommunalen Zwecken erforderlich ist.

Die Kommission hat gegen die zweite Resolution nichts einzuwenden, erhebt jedoch gegen die erste Bedenken, da sich in Einwohnern gar keine Marine-Anlagen befinden und die ganze Sache noch nicht genügend geklärt sei. Man wüßte daher der Regierung Zeit lassen, die Verhältnisse in Einwohnern erst prüfen zu können.

Nach kurzer Debatte, an der sich die Wg. Wargmann (freis. Vp.), von Kardorff und von Tiedemann (Sp.) beteiligten, bewilligt.

Abg. Frese (freis. Vp.): Ich bitte die Resolution zu bewilligen, weil in der Kommission dem Wg. Stöckmann Material dafür eingebracht wurde, daß von dem Vizepräsident der Regierung nicht angeordnet worden ist.

Darauf werden beide Resolutionen angenommen. Die einmaligen ordentlichen Ausgaben werden bewilligt.

Im außerordentlichen Etat sind von der Kommission 1 400 000 Mk. gestrichen worden, die sich auf Werkstätten in Wismarschloß und Kiel beziehen.

Das Hans tritt ohne Debatte dem Kommissionsbeschlusse bei. Hiermit ist die zweite Beratung des Marine-Etats erledigt.

Es folgt die zweite Beratung des Etats für Kiautschou.

Das Kapitel der dauernden Ausgaben „Civil-Verwaltung“ wird debattenlos unüberändert bewilligt.

Das Kapitel „Militär-Verwaltung“ hat die Kommission die von der Regierung geforderte Marine-Kaiferkompagnie gestrichen und dafür eine Vermehrung der Marine-Infanterie um eine halbe Kompagnie eintreten lassen. Außerdem sind noch einige kleine Streichungen an Ortslagen, allgemeinen Unkosten und an Schreibmaterialien vorgenommen im Betrage von insgesamt 327 000 Mk. An der Veranschlagung der Chinesen truppe sind 27 500 Mk. gestrichen.

Abg. Eichhoff (freis. Vp.) tadelt es, daß der wissenschaftliche Lehrez in Kiautschou erst nach 24, anstatt 21 Jahren sein Höchstgehalt erhalten soll.

Staatssekretär von Tirpitz erkennt die Berechtigung dieser Beschwerde an und sagt für das nächste Jahr Abänderung zu, falls der Reichstag zustimmen sollte.

Der Etat für Kiautschou wird ohne weitere Debatte nach den Beschlüssen der Kommission genehmigt. Damit ist die Tagesordnung erschöpft.

Vizepräsident Wüsting schlägt als Tagesordnung für die nächste Sitzung eine Reihe von Etats vor, darunter auch den Etat des Reichs-Militärgerichts.

Abg. Lenzmann (freis. Vp.) bittet, den Etat des Reichs-Militärgerichts von der Tagesordnung abzusehen, da dieser Etat besser in Verbindung mit dem Militär-Etat betrachtet würde.

Der Antrag Lenzmann wird angenommen. Nächste Sitzung Sonnabend, 1 Uhr. Tagesordnung: Weiterberathung des Etats, Etat des Reichsjustizamts, des Reichsjustizamts, des Rechnungshofes und des Reichsjustizamts.

Schluß 6 1/2 Uhr.